



Nordirland-Protokoll: Die Lösung des Vereinigten Königreichs

Die Regierung hat die verschiedenen durch das Nordirland-Protokoll verursachten Probleme dargelegt. Diese sind unter anderem Störungen und Umlenkungen des Handels, ein erheblicher Kosten- und Bürokratieaufwand für Händler sowie die Tatsache, dass die Menschen in Nordirland in einigen Bereichen nicht in den vollen Genuss der gleichen Vorteile kommen konnten wie die Menschen im übrigen Vereinigten

Königreich. Dadurch ist die tief empfundene Sorge entstanden, dass die Verbindungen zwischen Großbritannien und Nordirland untergraben wurden. Dieses Papier beschreibt die Lösung des Vereinigten Königreichs — wie Probleme behoben werden können, damit es in Nordirland weitergehen kann, während die Märkte des Vereinigten Königreichs und der EU geschützt werden, sodass niemand den Kürzeren zieht.

Der Ansatz des Vereinigten Königreichs

Unsere Präferenz ist es, eine Verhandlungslösung für die Probleme zu finden, mit denen Unternehmen, Bürger und bestimmte Bevölkerungsteile konfrontiert sind. Bedauerlicherweise konnten wir uns nach achtzehnmonatigen Gesprächen bislang nicht auf ein Ergebnis verständigen, das eine nachhaltige Grundlage für die Umsetzung des Protokolls bieten würde.

Wir haben jedoch klare und umfassende Vorschläge vorgelegt, die diese nachhaltige Grundlage gewährleisten, das gesamte Spektrum der durch das Protokoll entstandenen Probleme ansprechen und das Gleichgewicht des Karfreitags-Abkommens wiederherstellen würden. Das vorliegende Papier beschreibt diese Vorschläge. Kurz gesagt, würden sie:

- eine **neue „grüne Spur“** für im Vereinigten Königreich verbleibende Waren vorsehen — eine Lösung für das Problem der Belastung und Bürokratie, die durch die gegenwärtige Anwendung der EU-Zoll- und Tiergesundheits- und Pflanzenschutz-(SPS)-Vorschriften auf alle Waren entsteht.
- ein **neues „duales Regulierungsmodell“** einführen, das die Flexibilität bieten würde, zwischen den Vorschriften des Vereinigten Königreichs und denen der EU zu wählen — hierdurch würden Handelshemmnisse beseitigt und das Risiko künftiger Divergenzen zwischen Vorschriften des Vereinigten Königreichs und der EU gemindert.
- sicherstellen, dass die **Regierung in den Bereichen Subventionskontrolle und Mehrwertsteuer eine Politik für das gesamte Vereinigte Königreich machen kann** — hierdurch würden Hindernisse überwunden, aufgrund derer Nordirland nicht die gleiche Förderung erhalten hat wie andere Teile des Vereinigten Königreichs.
- **die ungleiche Governance-Struktur des Protokolls beenden**, indem die Zuständigkeit des EuGH bei der Beilegung von Streitigkeiten beseitigt und den Behörden und Gerichten des Vereinigten Königreichs die Möglichkeit gegeben wird, über die in Nordirland geltenden Regelungen zu bestimmen.

Es war uns auch klar, dass es Elemente des Protokolls gibt, die gut funktionieren und beibehalten werden sollten, zum Beispiel der Gemeinsame Elektrizitätsmarkt und die Nord-Süd-Kooperation.

Angesichts der Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit der Probleme in Nordirland werden wir Gesetze einbringen, die eine dauerhafte Anwendung des Protokolls im Sinne dieser Vorschläge ermöglichen. Gleichzeitig werden wir uns proaktiv bemühen, eben diese Ziele auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Unsere Gesetzesvorlage gibt uns die Möglichkeit, eine ausgehandelte Vereinbarung umzusetzen. In allen Szenarien sind wir nach wie vor entschlossen, eine harte Grenze auf der irischen Insel zu vermeiden und das legitime Interesse der EU am Schutz ihres Binnenmarkts zu respektieren.

1. Handel: Zoll und Agrarlebensmittel

Das Problem

Das Vereinigte Königreich hat immer akzeptiert, dass für die einzigartigen Gegebenheiten Nordirlands besondere Regelungen erforderlich sind. Fakt ist jedoch, dass Nordirlands Zugehörigkeit zum Binnenmarkt des Vereinigten Königreichs aufgrund der durch das Protokoll auferlegten unnötigen Kontrollen und bürokratischen Pflichten unterminiert wird.

Das Protokoll bestätigt die Zugehörigkeit Nordirlands zum Zollgebiet und Binnenmarkt des Vereinigten Königreichs.

Aber es verlangt einen hohen bürokratischen Aufwand, einschließlich der gesamten Zollformalitäten, sowie die Einhaltung mühsamer Vorschriften für SPS-Einfuhren, selbst wenn die Waren nicht in die EU gehen, sondern im Vereinigten Königreich bleiben.

- Nur bei einem Sechstel der nach Nordirland gehenden Waren wird ein Risiko gesehen, dass sie auf den EU-Markt gelangen—dennoch werden nach dem Protokoll alle Waren dem gesamten Prozess unterworfen. Dies ist unverhältnismäßig und auf Dauer nicht tragbar.
- Der Ost-West-Handel ist kritisch für das wirtschaftliche Wohlergehen Nordirlands. Wertmäßig wurden in Nordirland mehr als viermal so viele Waren aus Großbritannien bezogen als aus Irland—für Unternehmen und Verbraucher in Nordirland ist Großbritannien eine unverzichtbare Bezugsquelle.

Dies hat sich auf die Kosten für die Unternehmen und das Angebot für die Verbraucher ausgewirkt—wobei mit weiteren Störungen in Schlüsselsektoren zu rechnen ist, wenn die bestehenden Schonfristen wegfallen.

- Waren, auf die man sich seit Generationen verlassen hatte, wie Saatkartoffeln und andere einheimische britische Pflanzen und Bäume, gelangen nicht mehr zu nordirischen Anbauern.

- Unternehmensumfragen zufolge haben Hunderte von Einzelhändlern in Großbritannien aufgehört, Kunden in Nordirland zu bedienen, und es wird davor gewarnt, dass die Verkaufsmengen bei einem Wegfall der Schonfristen um bis zu einem Drittel sinken könnten.
- Diese Effekte machen sich an kritischen Punkten der Lieferkette bemerkbar, von Spediteuren und kleinen Betrieben bis hin zu großen Einzelhändlern.

Warum wir das Protokoll ändern müssen

Das Protokoll behandelt von Großbritannien nach Nordirland gehende Waren so, als gingen sie in ein anderes Land.

Sämtliche im internationalen Handel geltenden Verfahren müssen eingehalten werden, unabhängig davon, für welches Land die Waren bestimmt sind. Nach Artikel 5(3) und (4) des Protokolls gelten für Waren, die nach Nordirland verbracht werden, die kompletten Zoll-, tier- und pflanzengesundheitlichen Vorschriften der EU—es gibt nur sehr begrenzte Zollerleichterungen für Waren, bei denen nach Artikel 5(2) ‚kein Risiko‘ besteht, dass sie in die EU gelangen.

Die Unternehmen in Nordirland sind sich einig, dass dieser Rahmen für Warenbewegungen innerhalb des Vereinigten Königreichs nicht tauglich ist und geändert werden muss. Die EU hat im Oktober 2021 Vorschläge für eine ‚Schnellspur‘ vorgelegt, eine Reaktion auf die sehr erheblichen Herausforderungen, mit denen die Unternehmen und Verbraucher konfrontiert sind. Diese Non-Paper-Vorschläge sind jedoch aufgrund ihrer Bedingungen und Einschränkungen nicht weitreichend genug, um das Protokoll zukunftsfähig zu machen. Es bleiben:

- Zollerklärungen für jede Lieferung unabhängig vom Bestimmungsort oder Risiko—für jede beförderte Ware muss aus über 7000 Posten der entsprechende Warencode gefunden werden.

- Ein System von SPS-Einfuhrvorschriften, das für alle auf einem Lkw befindlichen Waren einen amtlichen Vorgang erfordert und vorschreibt, dass als Mindestmenge ein erheblicher Anteil aller Waren unabhängig von ihrem Bestimmungsort einer physischen Kontrolle unterzogen wird. Dies ungeachtet der bereits im Vereinigten Königreich geltenden strengen Rückverfolgbarkeitsregeln, die ein hohes Maß an Sicherheit garantieren.
- Ein komplettes Verbot der Verbringung bestimmter Pflanzen, Saaten und Bäume nach Nordirland.
- Neue und unnötige Verfahrensänderungen bezüglich Haustieren—gerechnet wird mit Kosten in Höhe von ca. £250 für Bescheinigungen und Behandlungen pro Transport; und
- Erklärungen zu Millionen von Privatkundenpaketen, die den Alltag erschweren.

Dies sind nur die sichtbarsten und hinderlichsten Anforderungen, es gibt noch viele weitere, die einzeln und in ihrer Gesamtheit eine abschreckende Wirkung auf den Handel haben und die Wirtschaftlichkeit des Ost-West-Handels beeinträchtigen.

Die Lösung des Vereinigten Königreichs

Ein neues Konzept basierend auf einer grünen und einer roten Spur, gestützt auf Handelsdaten, und einer Regelung für vertrauenswürdige Händler (Trusted Trader Scheme)—hierdurch würden Hindernisse im Binnenhandel des Vereinigten Königreichs beseitigt und gleichzeitig eine Grenze auf der irischen Insel vermieden, beide Märkte geschützt und Bürger und Unternehmen erheblich entlastet.

Grüne Spur für in das Vereinigte Königreich gehende Waren

Waren, die im Vereinigten Königreich verbleiben, wären von unnötigen Formalitäten, Kontrollen und Abgaben befreit. Verlangt würden nur die üblichen Handelsinformationen, aber keine Zollformalitäten oder komplexen Bescheinigungen für Agrarlebensmittelerzeugnisse.

Dadurch würden Kontrollen von Agrarlebensmittelprodukten reduziert, Handelszölle im Vereinigten Königreich beseitigt und unnötige Warenverbote aufgehoben.

Rote Spur für in die EU gehende Waren

Für Waren, die für die EU bestimmt sind oder von Händlern verbracht werden, die nicht dem „Trusted

Trader Scheme“ angehören, würden die gesamten Kontroll- und Zollverfahren gelten—zum Schutz des EU-Binnenmarkts.

Trusted Trader Scheme unter Aufsicht der Behörden des Vereinigten Königreichs

Die grüne Spur bliebe Unternehmen vorbehalten, die an einem neuen, alle Warenbewegungen abdeckenden Trusted Trader Scheme teilnehmen. Die Händler stellen detaillierte Informationen über ihre Vorgänge und Lieferketten zur Verfügung, um verlässliche Prüf- und Compliance-Verfahren zu gewährleisten. Nichtgewerbliche Waren wie Post und Pakete werden automatisch auf der grünen Spur abgefertigt, ohne dass eine Anmeldung erforderlich ist.

Streng angewandte und hohe Strafen

Händler, die das neue System missbrauchen, müssten mit empfindlichen Strafen rechnen, einschließlich zivil- und strafrechtlicher Anklagen, und könnten nach Verstößen die grüne Spur nicht nutzen.

Robuster Austausch von Daten

Das Vereinigte Königreich stellt der EU bereits mehr als eine Million Datensätze pro Woche zur Verfügung. Beim neuen Modell würden wir der EU weiterhin von der britischen Regierung abgesicherte Daten über den Betrieb des Trusted Trader Scheme sowie über alle Warenbewegungen zwischen Großbritannien und Nordirland übermitteln—um das Missbrauchsrisiko zu überwachen und einen risikobasierten Austausch von Erkenntnissen und eine Zusammenarbeit zu ermöglichen.

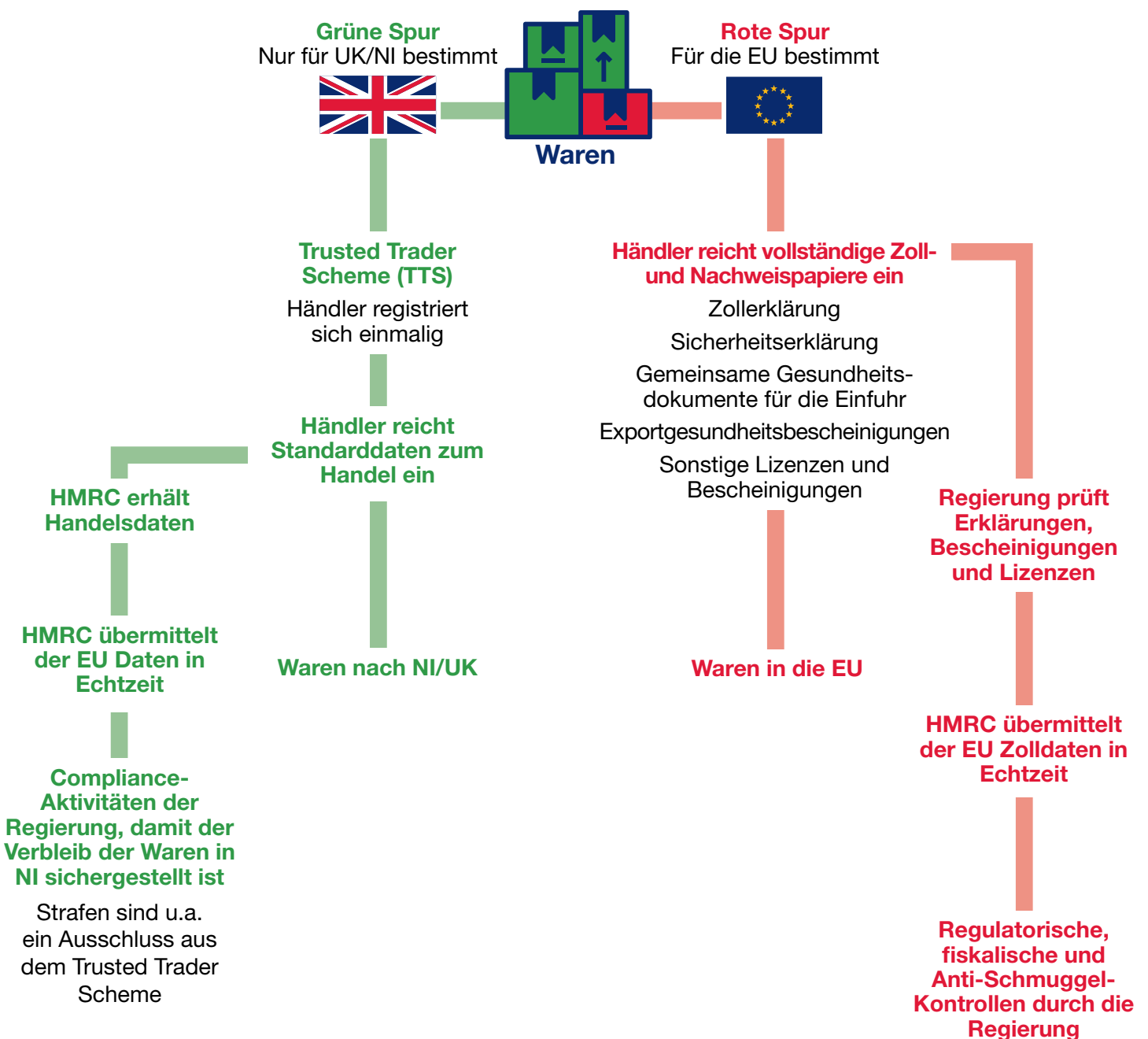
- **Spezielle IT:** Hierfür würde ein spezielles IT-System eingerichtet, bei dem die Informationen in Echtzeit und innerhalb der für die Überquerung der Irischen See benötigten Zeit verfügbar wären.
- **Grüne Spur:** Übermittlung der von den Händlern bereitgestellten Handelsdaten.
- **Rote Spur:** Übermittlung von über 110 Datenfeldern entsprechend den Zollerklärungen gemäß EU-Zollkodex.

Rasches Risikomanagement

Wo sich eine andere Risikostufe ergibt, werden wir weiterhin Kontrollen durchführen—genau wie vor dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (z.B. bei lebenden Tieren). Die Behörden des Vereinigten Königreichs und der EU würden auf der Basis eines neuen Rahmens für die Gewährleistung der Biosicherheit zusammenarbeiten und die Regelungen für Waren dieser Risikostufe gemeinsam verwalten.

Lösung des Vereinigten Königreichs:

Ein neues Konzept basierend auf einer grünen und einer roten Spur, das sich auf Handelsdaten stützt, und eine Regelung für vertrauenswürdige Händler (Trusted Trader Scheme)—hierdurch würden Hindernisse im Binnenhandel des Vereinigten Königreichs beseitigt und gleichzeitig eine Grenze auf der irischen Insel vermieden, beide Märkte geschützt und Bürger und Unternehmen erheblich entlastet.



2. Regulierung

Das Problem

Die Bestimmungen des Protokolls errichten Schranken zwischen Großbritannien und Nordirland—Schranken, die durchaus noch größer werden könnten, wenn sich die im Vereinigten Königreich und der EU geltenden Regeln im Lauf der Zeit ändern.

Regulierte Waren müssen den EU-Vorschriften entsprechen, um in Nordirland in Verkehr gebracht werden zu können, auch wenn sie nie in den EU-Binnenmarkt eingeführt werden.

Diese Vorschriften stellen eine erhebliche Belastung für Unternehmen dar, insbesondere wenn sie ausschließlich im Vereinigten Königreich Handel treiben: sie müssen neue Formulare ausfüllen und Verfahren einhalten oder bestimmte Produktanforderungen erfüllen—so dass die Gefahr besteht, dass ganze Produktlinien aus dem Sortiment genommen werden, wenn sich die EU-Vorschriften ändern.

- Die EU überprüft die („Ampel“)-Kennzeichnung auf Lebensmittelprodukten—mit dem Risiko, dass Tausende von Produktlinien eingestellt werden und populäre und wichtige Produkte vom Markt genommen werden könnten, ohne durch Lieferketten in der Republik Irland oder der EU ersetzt zu werden.
- Vertreter in Nordirland benennen zu müssen, könnte Unternehmen £330-£1.400 pro Jahr kosten; durch neue Testpflichten könnten den Unternehmen Kosten in Höhe von £500 bis zu £10.000 pro Produktpalette entstehen; und eine neue Produktkennzeichnung könnte Mehrkosten von £1.000 bis £10.000 verursachen.

Dies schreckt Unternehmen davon ab, Kunden in Nordirland zu beliefern—das Risiko ist ein eingeschränkter Zugang zu kritischen Waren, die nicht aus anderen Ländern bezogen werden können.

- Trotz der Fortschritte bei Humanarzneimitteln gibt es nach wie vor Lücken, und bei den Tierarzneimitteln könnte es ab Ende des Jahres kritisch werden—bei potenziell der Hälfte aller Medikamente für die verschiedensten Nutz- und anderen Tiere könnten die Lieferungen eingestellt werden.

Während schätzungsweise ein Fünftel der britischen Unternehmen, die Produkte in Nordirland verkaufen, ausschließlich innerhalb des Vereinigten Königreichs tätig sind—insbesondere KMU—, wird es für nordirische Händler teuer und zunehmend schwieriger, Waren von ihren derzeitigen Lieferanten in Großbritannien zu beziehen.

Warum Änderungen nötig sind

Das Protokoll besteht darauf, dass die meisten Waren EU-Regeln entsprechen müssen, um auf den nordirischen Markt gebracht werden zu können—es lässt keine Flexibilität zu.

Waren, die in Großbritannien hergestellt, aber ausschließlich in Nordirland verkauft werden, werden als ‚Einfuhren‘ behandelt—und sind mit beschwerlichen Formalitäten und Verfahren verbunden, auch wenn sie das Vereinigte Königreich nie verlassen.

Es gibt keinen Mechanismus, mit dem die für Waren geltenden Vorschriften an die nordirischen Gegebenheiten angepasst oder auf sie ausgerichtet werden könnten—sie können nur einseitig durch die EU geändert werden, ungeachtet ihrer Auswirkungen auf den Binnenhandel des Vereinigten Königreichs.

Es gibt keine dauerhaften Strukturen, die die Zugehörigkeit Nordirlands zum Markt des Vereinigten Königreichs schützen würden—trotz der diesbezüglichen Verpflichtungen im Protokoll könnte das Problem nur noch größer werden, wenn sich die Vorschriften ändern.

Die Lösung des Vereinigten Königreichs

Ein System dualer Regulierung, das nordirischen Unternehmen Wahlmöglichkeiten lässt und flexibel und dauerhaft auf jegliche Schranken innerhalb des Binnenmarkts des Vereinigten Königreichs reagieren kann, verbunden mit robusten Verpflichtungen zum Schutz des EU-Binnenmarkts.

Eine flexible Wahlmöglichkeit für Unternehmen und Verbraucher – wir schlagen vor:

- Waren können in Nordirland auf den Markt gebracht werden, wenn sie entweder den Vorschriften des Vereinigten Königreichs, denen der EU oder beiden entsprechen – hierdurch wird sichergestellt, dass die Verbraucher die gewünschten Produkte kaufen können und in den Supermarktregalen keine Lücken entstehen.
- Waren, die für die EU ausgewiesen sind, müssen allen einschlägigen EU-Normen entsprechen – genau wie jetzt.
- Waren könnten entweder mit einem CE- oder einem UKCA-Siegel oder beiden ausgewiesen werden, wenn sie den jeweiligen Vorschriften entsprechen.
- Die Zulassung könnte von Stellen des Vereinigten Königreichs beziehungsweise der EU erteilt werden.
- Dieser Ansatz hat sich in Großbritannien bewährt – er funktioniert seit Januar 2021, da wir für Waren aus Nordirland einen ungehinderten Zugang garantieren.

Ungehindertes Zugang für nordirische Waren in allen Szenarien.

Welche Wahl nordirische Unternehmen auch immer treffen, sie hätten schrankenlosen Zugang zum britischen Markt.

Maßgeschneiderte Lösungen, wo erforderlich.

Wir haben deutlich gemacht, dass wir auch mit der Industrie zusammenarbeiten würden, um herauszufinden, wo Änderungen für bestimmte Sektoren erforderlich sind – damit wir jederzeit in der Lage sind, Hemmnisse zu beseitigen.

Robuster Schutz des EU-Markts.

Es gäbe eine Reihe solider Schutzmaßnahmen, damit Waren aus dem Vereinigten Königreich nicht auf den EU-Markt gelangen könnten.

- Die Importeure, Hersteller und Produzenten würden weiterhin die Verantwortung dafür tragen, dass ihre Waren gemäß den korrekten Vorschriften in Verkehr gebracht werden – Waren, die in Irland in Verkehr gebracht werden, müssten wie bisher den EU-Vorschriften entsprechen. Händler, die gegen diese Vorschriften verstoßen, wären mit strengen Strafen bedroht.
- Agrarlebensmittel aus Großbritannien dürften nur im Rahmen unseres Trusted Trader Scheme nach Nordirland eingeführt werden – Verstöße würden mit empfindlichen Strafen geahndet. Die EU hat bereits akzeptiert, dass bei der bestehenden Regelung für in Supermärkten verkaufte Waren nachgewiesen werden kann, dass Waren nach Nordirland importiert werden und dort verbleiben.
- Die Marktaufsichtsbehörden werden weiterhin Befugnisse haben, um die Produktsicherheit innerhalb des Binnenmarkts des Vereinigten Königreichs zu gewährleisten – sie werden weiterhin risikobasiert und erkenntnisgestützt Räumlichkeiten betreten, Waren beschlagnahmen und bei Straftaten rechtliche Schritte einleiten können. Diese Bemühungen würden verstärkt, ebenso wie die Zusammenarbeit zwischen den Behörden des Vereinigten Königreichs, der Republik Irland und der EU, um die Compliance-Arbeit und parallele Maßnahmen zu unterstützen. .

3. Steuern und Ausgaben

Das Problem

Das Protokoll verhindert, dass Unternehmen und Verbraucher in Nordirland die gleichen Freiheiten genießen wie im übrigen Vereinigten Königreich— obwohl das Risiko für den EU-Binnenmarkt minimal ist.

Obwohl im Handels- und Kooperationsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU klare Prinzipien für einen offenen und fairen Wettbewerb auf der Grundlage von Nullzöllen und Nullquoten vereinbart wurden, gelten für den Handel zwischen Nordirland und der EU nach wie vor die EU-Beihilfavorschriften. Diese begrenzen die Höhe der Fördermittel (bzw. den Kreis der Anspruchsberechtigten, wie im Falle des Covid-19 Darlehensprogramms), die in Nordirland ohne Genehmigung der EU gewährt werden können. Dies führt zu erheblicher Unsicherheit sowie einem Zwei-Klassen-System im Vereinigten Königreich.

- Dies ist so, obwohl das Vereinigte Königreich nachweislich ein Land mit niedrigen Subventionen ist— diese liegen häufig deutlich unter denen vergleichbarer EU-Mitgliedstaaten. Laut dem EU-eigenen Anzeiger von 2020 zahlte das Vereinigte Königreich im Verhältnis zum BIP weniger nicht-landwirtschaftliche Subventionen als 17 der 27 EU-Staaten— dieses niedrige Risikoprofil spiegelt sich jedoch nicht in den Bestimmungen des Protokolls wider.
- Nordirland ist Teil des Hoheitsgebiets des Vereinigten Königreichs für Mehrwert- und Verbrauchssteuern. Da für Waren jedoch nach wie vor EU-Bestimmungen gelten, ist nicht garantiert, dass die Menschen und Unternehmen in Nordirland in den Genuss von Reformen oder Senkungen der Mehrwert- und Verbrauchssteuern des Vereinigten Königreichs kommen.
- Dies hat den Zugang zu den kürzlich angekündigten Erleichterungen für energiesparende Materialien verhindert— wodurch Familien in Nordirland Mehrwertsteuerermäßigungen von bis zu £300 für eine typische Installation von Solarpanels entgehen— ebenso wie den Zugang zu einem neuen Alkoholsteuersystem.

- Dies obwohl das Vereinigte Königreich eine Steuerpolitik im Einklang mit bewährten Praktiken der OECD macht und mit seinen EU-Partnern zusammenarbeitet, um die Standards anzuheben (zum Beispiel bei globalen Mindeststeuern).

Warum Änderungen nötig sind

Das Protokoll verhindert, dass das Vereinigte Königreich in Nordirland die gleiche Steuer- und Ausgabenpolitik betreibt wie im übrigen Vereinigten Königreich, und lässt wenig Spielraum für Flexibilität.

Das Protokoll schreibt EU-Beihilferegeln vor, ohne die zwischenzeitlichen Entwicklungen zu berücksichtigen— Trotz der robusten Subventionskontrollverpflichtungen, die vom Vereinigten Königreich und der EU im Handels- und Kooperationsabkommen vereinbart wurden und auf denen wir in unserem Subsidy Control Act 2022 aufgebaut haben, wendet das Protokoll EU-Beihilferegeln an, ohne eine Möglichkeit für Anpassungen an den neuen Kontext oder das tatsächliche Risiko vorzusehen— wodurch die Förderprogramme im Vereinigten Königreich durch EU-Vorschriften und –verfahren stark eingeschränkt sind.

Das Protokoll lässt keine Anpassung der Mehrwert- und Verbrauchssteuerregeln an die besonderen Gegebenheiten in Nordirland zu— die EU-Regeln schränken die Fähigkeit der Regierung des Vereinigten Königreichs ein, Mehrwert- und Verbrauchssteuersätze bzw. –erleichterungen in Nordirland entsprechend festzulegen, selbst wenn Änderungen keine Auswirkungen auf die EU hätten.

Die Lösung des Vereinigten Königreichs

Neue Freiheiten für die Regierung, Unternehmen und Bürger im gesamten Vereinigten Königreich zu unterstützen—ohne ein Risiko für den EU-Markt darzustellen.

Eine Subventionskontrollpolitik für das gesamte Vereinigte Königreich

Gestützt auf die verbindlichen Verpflichtungen, die beide Seiten im Handels- und Kooperationsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU eingegangen sind—der Subsidy Control Act 2022 als Grundlage für die Regelung der Subventionspolitik im Vereinigten Königreich.

Freiheiten, um die Sätze, Erleichterungen und Strukturen bei Mehrwert- und Verbrauchssteuern für das gesamte Vereinigte Königreich festzulegen

Wir würden an den im Protokoll vorgesehenen Regelungen zu Mehrwert- und Verbrauchssteuern festhalten, um den Handel auf der irischen Insel zu fördern. Aber wir würden den Ministern die Freiheit geben, Regeln anzupassen oder nicht anzuwenden, damit die Menschen in Nordirland von den gleichen politischen Instrumenten profitieren können wie die Menschen in anderen Teilen des Vereinigten Königreichs.

Spezifische Mechanismen für den Dialog

Neben den im Handels- und Kooperationsabkommen vorgesehenen bestehenden Strukturen für Streitigkeiten und Rechtsmittel würden auch die Strukturen des Austrittsabkommens für eine rasche Konsultation und Kooperation genutzt.

4. Governance

Das Problem

Ein Demokratiedefizit, da Regeln ohne fortlaufende demokratische Zustimmung aufgestellt und in Nordirland durchgesetzt werden und Streitigkeiten von EU-Institutionen anstatt im Rahmen regulärer völkerrechtlicher Verfahren beigelegt werden.

Anders als in völkerrechtlichen Verträgen üblich können nach dem Protokoll Streitigkeiten vor dem Gerichtshof der Europäischen Union verhandelt und entschieden werden—dem Gericht einer der Vertragsparteien.

- Zwar können sowohl nach dem Handels- und Kooperationsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU als auch nach dem übrigen Austrittsabkommen Streitigkeiten durch ein Schiedsverfahren beigelegt werden, doch die EU besteht darauf, dass die europäischen Gerichte die letzte Instanz für das Protokoll sind.

Außerdem treten Regeln, die nach dem Protokoll gelten, automatisch in Kraft, sobald sie von EU-Stellen verabschiedet wurden—Vertreter aus Nordirland haben kein Mitspracherecht und es gibt keine Möglichkeit, Regeln an die Gegebenheiten in Nordirland anzupassen.

- Schon jetzt wurden uns von der EU seit Januar 2021 über 4.000 verabschiedete Maßnahmen im Rahmen des Protokolls gemeldet.
- In manchen Fällen haben diese Nordirland eindeutig benachteiligt—zum Beispiel, als die EU-Gesetzgebung Nordirland einseitig den Zugang zu Zollkontingenten entzog und damit die Einfuhr unter anderem von Stahl und neuseeländischem Lamm einschränkte—ohne dass zuvor ein Dialog stattgefunden hätte.

Diese Situation hat die politische Stabilität untergraben und tut dies auch weiterhin. Sie wird in Nordirland als zutiefst ungerecht und als Trennung vom Rest des Vereinigten Königreichs empfunden.

Warum Änderungen nötig sind

Das Protokoll verfestigt diese Ungerechtigkeit, und es gibt keine Möglichkeit zur Abhilfe.

Es gibt keine Strukturen für ein Mitspracherecht von Vertretern des Vereinigten Königreichs oder Nordirlands bei EU-Regeln—die Regeln werden in den meisten Fällen einfach automatisch angewandt.

Es gibt nichts, was den Gebrauch von ungleichen Streitbeilegungsstrukturen beschränken würde—diese stehen nicht nur im Widerspruch zu den üblichen internationalen Normen, sondern es gibt auch keine Mechanismen, die ausschließen, dass die EU sich bei Problemen gleich an den EuGH als erster Instanz wendet.

Die Lösung des Vereinigten Königreichs

Faire und ausgewogene Governance-Regelungen zur Beilegung von Streitigkeiten und neue Freiheiten für Unternehmen und Verbraucher in Nordirland.

Übliche internationale Streitbeilegungsverfahren—mit ausgewogeneren Regelungen, die darauf abzielen, Probleme durch Dialog und dann durch unabhängige Schiedsverfahren zu lösen.

Neue Flexibilitäten und Freiheiten—Unsere Vorschläge, zum Beispiel zur dualen Regulierung und der grünen Spur, werden den Unternehmen und Verbrauchern neue Freiheiten und Wahlmöglichkeiten geben und dafür sorgen, dass sie nicht gezwungen sind Regeln zu befolgen, auf die sie keinen Einfluss haben.